Antrag

der Abg. Andrea Schwarz u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Digitalfunk im Rettungsdienst und bei der Feuerwehr

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie der derzeitige Stand der netzseitigen Anbindung der Integrierten Leitstellen in den einzelnen Rettungsdienstbereichen in Baden-Württemberg an den Digitalfunk ist;
2. welche Probleme bei der Umstellung entstehen können;
3. wie das Land die Rettungsdienstbereiche bei der Umstellung auf den Digitalfunk unterstützt;
4. wie sie die Einsatzfähigkeit des Digitalfunks im ländlichen Raum einschätzt;
5. welche Risiken und Chancen sie beim Einsatz des Digitalfunks sieht und an welchen Orten und in welchen Situationen sie die Kommunikation zwischen den Rettungsmitteln und der Leitstelle gefährdet sieht;
6. wie der Breitbandausbau beim Problem der lückenlosen Erreichbarkeit Abhilfe schaffen kann;
7. wie hoch die Ausfallzeiten des Digitalfunks in Baden-Württemberg sind, wodurch diese Ausfallzeiten entstehen können und ob es durch den Ausfall des Digitalfunks zu schweren Verzögerungen bei der Notfallrettung gekommen ist;
8. welche Ausweichmöglichkeiten im Zweifelsfall zum Digitalfunk bestehen und wie sicher diese in Bezug auf Datenschutz und Datenverschlüsselung sind;

9. wie die Kompatibilität des Digitalfunks mit anderen Kommunikationssystemen zwischen der Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem Katastrophenschutz und der Polizei ist.

27.07.2018

Andrea Schwarz, Häffner, Halder, Lede Abal, Lisbach, Maier, Sckerl GRÜNE

Begründung

Die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen im Rettungsdienst übernehmen für die Gesellschaft zentrale Aufgaben. In Gefahren- und Notsituationen sind die Feuerwehren und Hilfsorganisationen die Instanzen der Lebensrettung. Eine reibungslose Kommunikation zwischen den Leitstellen und den Rettungsmitteln ist daher unabdingbar. Die Kommunikation muss dabei in jeder Lage, in jedem Gebiet und bei jeder Witterung gewährleistet werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. August 2018 Nr. 6-0268/24 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie der derzeitige Stand der netzseitigen Anbindung der Integrierten Leitstellen in den einzelnen Rettungsdienstbereichen in Baden-Württemberg an den Digitalfunk ist;*

Zu 1.:

Derzeit gibt es in Baden-Württemberg 34 Integrierte Leitstellen für Feuerwehr und Rettungsdienst. Die netzseitige Leitstellenanbindung ist aktuell in 30 Leitstellen abgeschlossen. Bei den Integrierten Leitstellen, die bislang noch nicht angeschlossen sind (Bodenseekreis, Emmendingen, Karlsruhe und Ludwigsburg), laufen derzeit die Maßnahmen zur Umsetzung. Mit deren Anbindung ist in 2018, spätestens 2019, zu rechnen.

- 2. welche Probleme bei der Umstellung entstehen können;*

Zu 2.:

Bei der Umstellung vom Analog- auf den Digitalfunk muss jede Leitstelle direkt an das Hochsicherheitsnetz des Digitalfunks angebunden werden. Diese Anbindung muss die technischen und sicherheitstechnischen Vorgaben der Bundesanstalt für den Digitalfunk BOS (BDBOS) erfüllen. Die Herausforderung besteht bei der Umstellung darin, für die unterschiedlichen technischen Konstellationen der Integrierten Leitstellen jeweils auf den Einzelfall angepasste Lösungen zu entwickeln; dies gilt insbesondere für die verwendeten Einsatzleit- und Kommunikationssysteme. Hieraus ergeben sich immer wieder technische Probleme verschiedenster Art, beispielsweise bei der Abstimmung von Schnittstellen.

Die Migrationsplanung sieht daher für den Umstieg der nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (npolBOS) vom Analog- auf den Digitalfunk vor der Nutzung des Digitalfunks im Wirkbetrieb eine vollumfängliche und funktionale Anbindung der zuständigen Leitstelle an den Digitalfunk vor. Bis zum Abschluss der Migration der Leitstelle in den Digitalfunk wird weiterhin der bisher verwendete Analogfunk genutzt. So ist sichergestellt, dass die Leitstellenertüchtigung keine Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst hat.

3. wie das Land die Rettungsdienstbereiche bei der Umstellung auf den Digitalfunk unterstützt;

Zu 3.:

Das Land trägt die Kosten der sogenannten „Leitstellen-Konzentrator-technik“ für die netzseitige Leitstellenanbindung.

Darüber hinaus gewährt das Land Zuwendungen zu dem von den Stadt- und Landkreisen vertraglich zu tragenden „Feuerwehranteil“ für die Ertüchtigung der Integrierten Leitstellen für den Digitalfunk.

Bei den Projekten zur Umrüstung der Integrierten Leitstellen arbeiten das Innenministerium, der DRK-Landesverband Baden-Württemberg e. V. sowie die verantwortlichen Stellen des Digitalfunks BOS – die Koordinierende Stelle und die Autorisierte Stelle für den Digitalfunk Baden-Württemberg – eng zusammen und unterstützen die Verantwortlichen vor Ort fachlich.

4. wie sie die Einsatzfähigkeit des Digitalfunks im ländlichen Raum einschätzt;

Zu 4.:

Das Digitalfunknetz für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gewährleistet eine Flächenabdeckung in bisher nicht erreichtem Umfang. Mit dem erfolgten Abschluss des bundesweiten Erstaufbaus des Digitalfunks werden 99,16 % der Fläche Deutschlands funkversorgt. In Baden-Württemberg kann mit Fahrzeugfunkgeräten (Ausbaustandard GAN 0) und in Verkehrs- und Siedlungsflächen (ab 200 Meter x 200 Meter bebaute Fläche) überdies mit Handfunkprechgeräten in Gürteltrageweise (Ausbaustandard GAN 2) gefunkt werden.

5. welche Risiken und Chancen sie beim Einsatz des Digitalfunks sieht und an welchen Orten und in welchen Situationen sie die Kommunikation zwischen den Rettungsmitteln und der Leitstelle gefährdet sieht;

7. wie hoch die Ausfallzeiten des Digitalfunks in Baden-Württemberg sind, wodurch diese Ausfallzeiten entstehen können und ob es durch den Ausfall des Digitalfunks zu schweren Verzögerungen bei der Notfallrettung gekommen ist;

8. welche Ausweichmöglichkeiten im Zweifelsfall zum Digitalfunk bestehen und wie sicher diese in Bezug auf Datenschutz und Datenverschlüsselung sind;

Zu 5., 7. und 8.:

Das Digitalfunknetz ist im Betrieb hochverfügbar. Dies spiegelt sich in einer konkreten zeitlichen Verfügbarkeit des Netzes in Baden-Württemberg von rd. 99,95 % wider. Es gewährleistet unabhängig von den kommerziellen Mobilfunknetzen auch bei hohem Gesprächsaufkommen eine verlässliche Einsatzkommunikation für die Kräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes.

Zudem stehen mit dem Aufbau des Digitalfunknetzes neben den bisher vom Analogfunk bekannten Leistungsmerkmalen neue Merkmale zur Verfügung. Das bundesweite und einheitliche Digitalfunknetz wird von allen BOS gemeinsam genutzt. Bei organisations- und länderübergreifenden Einsätzen kann über dieses Netz direkt miteinander kommuniziert werden. Um die Anforderungen einer nach einsatztaktischen Gesichtspunkten strukturierten Kommunikation, insbesondere

bei großen Einsätzen, umsetzen zu können, stehen künftig deutlich mehr Sprachkanäle – sogenannte Rufgruppen – für die BOS zur Verfügung. Für die gemeinsame Nutzung des einheitlichen Funksystems wurden außerdem Rufgruppen für eine organisationsübergreifende Kommunikation eingerichtet.

Wesentlicher Baustein ist die Einführung einer sogenannten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, mit der eine abhörsichere Kommunikation realisiert wird. Zudem ermöglicht der Digitalfunk neben einer – im Vergleich zum bisherigen Analogfunk – verbesserten Sprachqualität beim Sprechfunk auch die Übermittlung von Standortdaten der Einsatzmittel und von Kurzdaten-Telegrammen.

Durch die hohe Flächenabdeckung (siehe Antwort zu Frage 4) ist auch in topografisch anspruchsvollen Gebieten, beispielsweise in der Wutachschlucht, eine Funkanbindung vorhanden. Allerdings ermöglichen die Ausbreitungscharakteristik der Funkwellen und die Beschaffenheit von Gebäuden – wie im Analogfunk – nur teilweise die Digitalfunkkommunikation innerhalb von Gebäuden. Mit einer Überleiteinrichtung im Fahrzeugfunkgerät (sogenanntes Gateway) kann die Kommunikation mit Handsprechfunkgeräten, beispielsweise von einer Einsatzstelle in Gebäuden zu Einsatzkräften außerhalb des Gebäudes und zur Leitstelle, ermöglicht werden. Bei komplexeren Gebäuden ist auch der Einbau einer sogenannten Objektfunkanlage möglich.

Das Digitalfunknetz verfügt über mehrere Redundanz-Ebenen, um den Betrieb zu gewährleisten. Die Netztopologie des Digitalfunks ist in Baden-Württemberg daher so ausgestaltet, dass jeder Sendestandort (Funkzelle) aus zwei Richtungen an das Digitalfunknetz angeschlossen ist. Dies ermöglicht bei Störungen beziehungsweise dem Wegfall einer Anbindungsseite (beispielsweise durch Defekte an einzelnen Komponenten, Baggerbiss oder Extremniederschlag) weiterhin die Aufrechterhaltung der Kommunikation zwischen den Einsatzkräften und der Leitstelle. Beim Wegfall beider Anbindungen einer Funkzelle versuchen sich die Funkgeräte über eine andere Funkzelle ins Netz einzubuchen. Ist dies nicht möglich, können Funkteilnehmer innerhalb einer Funkzelle dennoch weiterhin miteinander funken (sogenannter Fallback-Betrieb).

Die Integrierten Leitstellen sowie die Führungs- und Lagezentren der Polizei sind außerdem über die sogenannten Leitstellenkonzentratoren direkt an die Vermittlungsstellen des Digitalfunks angebunden und nutzen Funkgeräte zur Kommunikation lediglich in der Rückfallebene. Damit wird auch bei einer hohen Auslastung der Funkzellen gewährleistet, dass eine Leitstelle immer erreichbar ist. Bisher führt allerdings noch keine der Integrierten Leitstellen im Wirkbetrieb die Einsatzabwicklung über den Digitalfunk durch (siehe Antwort zu Frage 2). Verzögerungen in der Notfallrettung durch Ausfälle im Digitalfunk sind in Baden-Württemberg bisher nicht bekannt.

6. wie der Breitbandausbau beim Problem der lückenlosen Erreichbarkeit Abhilfe schaffen kann;

Zu 6.:

Das Digitalfunknetz ist ein eigenständiges Netz, das vom Breitbandausbau kommerzieller Netzanbieter unabhängig ist. Baden-Württemberg setzt bei der Vernetzung der Digitalfunk-Sendestandorte eigene, autarke Richtfunkverbindungen ein. Die flächendeckende Funkversorgung im Digitalfunk ist daher unabhängig vom Breitbandausbau gewährleistet.

9. wie die Kompatibilität des Digitalfunks mit anderen Kommunikationssystemen zwischen der Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem Katastrophenschutz und der Polizei ist.

Zu 9.:

Die bisher verwendeten Analogfunksysteme sind mit dem Digitalfunk nicht kompatibel. Ein „gemischter“ Betrieb von analogen und digitalen Funkgeräten ist aufgrund der unterschiedlichen Technologien nicht möglich und war auch nie vorgesehen.

Das Digitalfunknetz ist ein gemeinsam genutztes Funksystem für Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Für die gemeinsame Kommunikation innerhalb dieses Funksystems stehen organisationsübergreifende Rufgruppen zur Verfügung (siehe Antwort zu Frage 5).

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration